



# Kritische Infrastruktur in der Corona-Krise: Entwarnung nein, Entspannung ja

Markus Promberger

In existenziellen Krisen wie der derzeitigen Covid-19-Pandemie stellen Einrichtungen der „kritischen Infrastruktur“ wie Krankenhäuser, Supermärkte oder Pflegeheime die Daseinsvorsorge sicher. Sie können aber nur funktionieren, wenn sie über ausreichende Ressourcen, insbesondere Arbeitskräfte, verfügen. Bislang konnten hier größere Engpässe vermieden werden. Für Entwarnung ist es gleichwohl zu früh.

Die Corona-Krise hat Teile der sogenannten kritischen Infrastruktur in Deutschland einem Stresstest unterzogen. Überfüllte Intensivstationen, medizinisches Personal, das am Ende seiner Kräfte ist, Covid-19-Patienten, die sterben, weil es nicht genügend Beatmungsgeräte gibt – all das war jüngst etwa in Spanien oder Norditalien, aber glücklicherweise nicht in Deutschland zu beobachten. Auch in anderen Bereichen der kritischen Infrastruktur, beispielsweise der Lebensmittelversorgung, kam es nur vereinzelt zu Engpässen. Da es aber noch keinen Impfstoff gibt, könnten die Infektionszahlen schnell wieder ansteigen. Dann stellt sich erneut die Frage, ob die Einrichtungen der kritischen Infrastruktur in Deutschland dafür gerüstet sind.

## Was gehört überhaupt zur kritischen Infrastruktur?

Laut einer Definition des Bundesinnenministeriums gehören Einrichtungen zur kritischen Infrastruktur, „die für das Überleben und Wohlergehen der Bevölkerung in Krisen unverzichtbar sind und deshalb nicht ausfallen dürfen“. Dazu zählen etwa die Energie- oder Wasserversorgung, die Lebensmittelversorgung oder das Gesundheitswesen. Zuliefer- und Versorgungsnetzwerke systemrelevanter Einrichtungen sollten ebenfalls in die Betrachtung einbezogen werden, selbst wenn sie systematisch zunächst nicht der kritischen Infrastruktur im engeren Sinne zugerechnet werden. Mit Art, Wandel und Dauer der derzeitigen Krise können sich noch weitere Bereiche, möglicherweise unvorhergesehen, als systemrelevant erweisen – etwa derzeit die Betreuung kleiner Kinder insbesondere von Beschäftigten in systemrelevanten Bereichen.

Um zu bewerten, wie krisenfest die kritische Infrastruktur in Deutschland ist, spielt nicht nur die materielle, sondern vor allem auch die personelle Ausstattung der entsprechenden Einrichtungen eine Rolle. Das IAB untersucht derzeit im Rahmen einer „Task Force Corona“, in welchen Bereichen der kritischen Infrastruktur Arbeitskräfte möglicherweise knapp zu werden drohen.

Da es derzeit noch kaum hinreichende und genaue statistische Daten dazu gibt, stützt sich die Forschung bisher vor allem auf Experteninterviews, Medienberichte und Dokumentenanalysen. Untersucht wurden bislang der Aufbau personeller Kapazitäten im Gesundheitssektor sowie mögliche Personalengpässe in der Landwirtschaft, im Transportwesen, in der Medizintechnik, im Einzelhandel mit Gütern des täglichen Bedarfs und im Sozialsektor. Auch Engpässe im Hinblick auf Grenzpendler wurden analysiert.

## Die Kliniken haben auf breiter Front personelle Ressourcen mobilisiert

In der Corona-Krise waren bisher neben den Gesundheitsbehörden vor allem die Kliniken gefordert. Sie steuerten seit Anfang Februar dieses Jahres zunehmend auf Personalengpässe zu. Gleichzeitig standen sie vor der Aufgabe, ausreichend Intensivplätze – insbesondere mit anspruchsvoller Beatmungsmöglichkeit – für Covid-19-Patienten bereitzuhalten. Sie mussten diese Herausforderungen trotz eines zunehmenden Kostendrucks und gravierender Personalengpässe bewältigen – Probleme, unter denen das Gesundheitswesen schon vor der Covid-19-Pandemie litt.

Der drohenden Unterversorgung begegneten die Kliniken zunächst durch eine Reorganisation

ihrer technisch-räumlichen Kapazitäten: Bestehende Intensivplätze wurden für Covid-19-Patienten freigemacht oder freigehalten, weitere durch Umbaumaßnahmen geschaffen. Außerdem wurden einzelne Krankenhäuser zu speziellen regionalen Corona-Zentren umgebaut.

Neben diesem technisch-organisatorischen Umbau haben die Krankenhäuser ihre Arbeitszeiten stark flexibilisiert. Arbeitszeitrichtlinien wurden ausgesetzt, die Maximalarbeitszeiten ausgedehnt. Zusätzlich stockten die Kliniken in hohem Umfang Teilzeitverträge auf oder wandelten diese in Vollzeitverträge um. Zum Teil zahlten sie auch Zeitguthaben aus.

Parallel dazu mobilisierten die Kliniken ehemalige Beschäftigte – größtenteils solche, die mittlerweile in anderen Sektoren tätig waren. Vereinzelt aktivierten sie auch Ruheständler. Die Kliniken organisierten diese Prozesse überwiegend selbst. Zudem mobilisierte die Politik einen ersten Schub von Bundeswehrreservisten mit Sanitätsausbildung.

Durch diese Maßnahmen konnten die Kliniken ihre Kapazitäten von rund 20.000 Intensivplätzen im Januar auf etwa 38.000 im April erhöhen, gleichzeitig verhinderten die Ausgangsbeschränkungen ein drastisches Anwachsen der Zahl schwerer Krankheitsverläufe. So blieben deutschen Krankenhäusern dramatische Szenen wie in Norditalien bislang erspart.

## **Gravierende Engpässe konnten in den meisten Bereichen verhindert werden**

Nicht nur die Kliniken haben sich gegen drohende Engpässe gewappnet. Auch in den meisten anderen Bereichen der kritischen Infrastruktur konnten die anfänglichen Risiken bislang gut bewältigt werden. Dabei spielten folgende Faktoren eine Rolle:

- Der Shutdown hat gewirkt: Die Infektionskurve ging wieder nach unten, die exponentielle Entwicklung ist einstweilen gestoppt. Dies hat das Gesundheitssystem entlastet und damit letztlich die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung geschaffen.
- Der Markt hat die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sichergestellt. Arbeitskräfte sind im Sektor der einfacheren Dienstleistungsarbeiten gut zu finden. Dies dürfte mit ein Grund dafür sein, dass es dort nicht zu Personalengpässen kam.
- Viele Betriebe mussten ganz schließen oder Kurzarbeit anmelden. Die davon betroffenen Beschäftigten konnten teilweise den Arbeitskräftebedarf an anderer Stelle, gerade im Bereich der kritischen Infrastruktur, decken. Dabei zeigten sich viele

Beschäftigte flexibel – etwa wenn sie mitunter die Branche oder die Tätigkeit wechseln mussten. Dafür nahmen sie nicht selten erhöhte Belastungen in Kauf. So meldeten sich beispielsweise manche Angestellte aus dem Gastronomiebereich als Erntehelfer für die Landwirtschaft.

- Zu größeren krankheitsbedingten Personalausfällen kam es in Deutschland bislang nur im Heimbereich und Teilen des Pflegesektors. Zumindest in dieser Hinsicht hat sich die Krise bisher nicht selbst verstärkt.

Offene Grenzen für den Warenverkehr, aber auch für Erntehelfer und für Grenzpendler unter anderem aus dem medizinischen Bereich, haben dazu beigetragen, entsprechende Engpässe zu vermeiden oder abzumildern.

## Fazit

Trotz des Zurückdrängens der Covid-19-Ansteckungszahlen ist es für eine Entwarnung zu früh, denn es besteht eine Reihe von Risiken. Steigen die Infektionszahlen wieder an, würden die Kliniken bei Personal und Ausstattung rasch an ihre Grenzen stoßen, teils durch die zunehmenden Fallzahlen selbst, teils durch Personalausfälle aufgrund von Erkrankungen.

Eskaliert die Situation, können steigende Krankheitszahlen auch andere Bereiche der kritischen Infrastruktur in Mitleidenschaft ziehen, insbesondere diejenigen, in denen es zu häufigen Kundenkontakten kommt. Eine weitere Kapazitätserhöhung im Gesundheitssektor wäre deutlich schwieriger zu erreichen, da viele Reserven bereits mobilisiert sind. Die Wirtschaft als Ganzes wiederum könnte leiden, wenn sich die derzeit massenhaft anstehende Auszahlung von Sozialleistungen und Wirtschaftshilfen verzögern würde.

Corona droht außerdem, die Gesellschaft zu spalten. So geistern derzeit Verschwörungsideologien durch das Internet, die von den eigentlichen Problemen der Krise ablenken und politische Entscheidungsträger und gesellschaftlich engagierte Unternehmer diffamieren. erinnert sei hier etwa an die krude These, Microsoft-Gründer Bill Gates habe das Virus gezüchtet, um auf sinistren Wegen die Weltherrschaft zu erlangen.

Last but not least könnte die Krise als Vorwand dafür dienen, soziale Standards dauerhaft zu schleifen. So könnte das eine oder andere Unternehmen versuchen, die Gunst der Stunde zu nutzen, um Arbeitszeiten einseitig zu ihrem Vorteil zu flexibilisieren oder Tarifverträge zu unterlaufen.